

# Editorial

## «Im pädagogischen Bereich ist klar, wer entscheidet.»



Liebe Leserin, lieber Leser

In verschiedenen Printmedien wurde unlängst über die Villa Monte berichtet. Dabei handelt es sich um eine staatlich anerkannte Privatschule, die 1983 im Kanton Schwyz gegründet wurde und deren Konzept sich als Weiterentwicklung der Montessori-Pädagogik versteht.

Im Zentrum des Modells der Villa Monte steht, dass jeder Schüler selbst entscheidet, was, wann, wie und mit wem er lernt. Das Tagesgeschehen entwickelt sich spontan. Es gibt keine Lehrer im eigentlichen Sinn, keine Stunden- oder Lehrpläne, keine Hausaufgaben, keine Prüfungen oder Noten. Die Kinder und Jugendlichen sollen allein und von anderen Schülern lernen, indem sie spielen, sich unterhalten, anderen zusehen, lesen, experimentieren. Man geht davon aus, dass Kinder selber wissen, was gut für sie ist.

Mit diesem alternativen Ansatz entspricht die Villa Monte nicht dem traditionellen Bild von Schule, wo «Ältere» in Beziehung zu den ihnen anvertrauten «Jüngeren» treten, um ihnen in einem strukturierten Unterricht Wissen

und Können angedeihen zu lassen. Deshalb werden solche Privatschulen, deren Daseinsberechtigung nicht etwa bestritten wird, von Eltern schulpflichtiger Kinder und den dort berufstätigen Personen bewusst ausgewählt.

2008 wurde im Baselbiet via Initiative der Versuch unternommen, Privatschulen den öffentlichen Schulen gleichzustellen. Die Abfuhr mit 80% Nein-Stimmen war deutlich und stellt im Kern ein Bekenntnis des Souveräns zur Volkschule dar. Für den Erfolg des herkömmlichen helvetischen Bildungssystems, seinen Schwächen zum Trotz, spricht eine Reihe nüchterner Fakten: eine rekordtiefe Jugendarbeitslosigkeit, eine bemerkenswerte Integrationsleistung, regelmässige Triumphe an Berufsweltmeisterschaften oder eine herausragende akademische Publikationsrate.

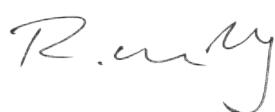
Man möchte nun meinen, dass dementsprechend das bewährte Schweizer Schulwesen nur behutsam mithilfe von Feinjustierungen weiterentwickelt würde. Weit gefehlt! Seit Jahren wird uns von Experten und Politikern eingetrichtert, wie reformbedürftig das in Wahrheit alles sei. Als Folge davon finden unter anderem immer mehr Unterrichtskonzepte, die bis anhin klassische Merkmale von Privatschulen darstellen, Eingang in die Volksschule.

Im Dezember berichtete der «Tages-Anzeiger» über die Primarschule Obfelden, wo seit 8 Jahren sowohl Jahrgangs- als auch Mehrjahrgangs-Klassen mit altersdurchmischem Lernen (AdL) geführt werden; offenbar zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Doch damit soll nun Schluss sein: Die Schule stellt *vollständig* auf AdL um. Den Entscheid fällten Schulleitung und Schulpflege ohne Mitsprache der Lehrerschaft und der Eltern. Die ersten Lehrer haben gekündigt, 200 Eltern formieren sich zum Widerstand, der Kanton mag sich nicht einmischen.

Der Schulpflegepräsident vertritt die Auffassung, diese Umstellung sei ein strategischer Führungsentscheid. Die Eltern müssten ihnen vertrauen. Ein Einbezug der Lehrerschaft habe nie zur Debatte gestanden, denn: «Im pädagogischen Bereich ist klar, wer entscheidet.» Offensichtlich nicht die Lehrpersonen. Der denkwürdigste Satz des Schulpflegepräsidenten lautet: «In einer Mehrklasse kann man Heterogenität besser auffangen, da die Klasse wegen der Altersdurchmischung schon heterogen ist.» Analog wäre das Einbrechen auf offenem Eis also weniger problematisch, wenn man bereits vorher unterkühlt war. Si tacuisses ...

Aus meiner Sicht ist im Grundsatz nichts dagegen einzuwenden, wenn unkonventionelle Unterrichtsmodelle an öffentlichen Schulen Anwendung erfahren. Zwei gewichtige Vorbehalte bringe ich jedoch an: Einerseits muss die Methodenfreiheit der Lehrkräfte respektiert werden und andererseits darf man die Eltern der betroffenen Kinder und Jugendlichen nicht einfach übergehen, wenn es sich bei den geplanten Neuerungen um veritable Paradigmenwechsel handelt.

Andernfalls transformiert man eigenmächtig die Privatschulen von gestern zu den öffentlichen Schulen von morgen – und womöglich auch umgekehrt. Wer dies anstreben sollte, kann eine transparente demokratische Auseinandersetzung nicht überspringen.



Roger von Wartburg  
Präsident LVB